

Aus dem Inhalt: Trotzki: Wie wird der Faschismus geschlagen? — Roßtäuschertaktik: Das Zusammenspiel zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie — Staatskapitalismus — Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Erscheint vierzehntägig

V. b. b.

**PROLETARIER ALLER LÄNDER
VEREINIGT SICH!**

Arbeiter-Stimme

ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI OESTERREICHS

10 Nummern S 150 (inkl. Postzustellung)
Oesterr. Postsparkassenkonto Nr. 119.471

(OPPOSITION)

Redaktion und Administration:
XVI, Kirchstettnergasse 19/10, Tel. R-30-9-58

Preis 15 Groschen

Jänner 1932

6. Jahrgang, Nr. 92

Wie wird der Faschismus geschlagen?

Deutschland durchlebt gegenwärtig eine jener großen historischen Stunden, von denen das Schicksal des deutschen Volkes, das Schicksal Europas, in bedeutendem Maße das Schicksal der ganzen Menschheit für Jahrzehnte hinaus abhängt. Setzt man eine Kugel auf die Spitze einer Pyramide, so kann ein geringer Anstoß sie nach links oder rechts hinabrollen lassen. Das ist die Lage, der sich gegenwärtig Deutschland mit jeder Stunde nähert. Es gibt Kräfte, die wollen, die Kugel möge nach rechts hinabrollen und der Arbeiterklasse den Rücken zerschmettern. Es gibt Kräfte, die wollen, die Kugel möge sich auf der Spitze halten. Das ist eine Utopie. Die Kugel kann sich auf der Pyramiden- spitze nicht halten. Die Kommunisten wollen, die Kugel möge nach links hinabrollen und dem Kapitalismus den Rücken zerschlagen. Aber wollen ist wenig, man muß können. Versuchen wir, nachmalige Punkt zu überlegen, ist die Politik richtig oder falsch, die gegenwärtig vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands geführt wird?

Was will Hitler?

Die Faschisten wachsen sehr schnell. Die Kommunisten wachsen gleichfalls, aber bedeutend langsamer. Das Wachstum der äußersten Pole beweist, daß sich die Kugel auf der Pyramidenspitze nicht halten kann. Das rasche Wachsen der Faschisten bedeutet jene Gefahr, daß die Kugel nach rechts hinabrollen kann. Darin liegt eine gewaltige Gefahr.

Hitler beteuert, er sei gegen den Staatsstreich. Um die Demokratie ein für allemal zu ertöten, will er sozusagen nicht anders als auf dem demokratischen Weg zur Macht gelangen. Kann man dem ernstlich Glauben schenken?

Gewiß, könnten die Faschisten damit rechnen, bei den nächsten Wahlen auf friedlichem Wege die absolute Mehrheit zu erlangen, würden sie diesen Weg vielleicht sogar bevorzugen. In Wirklichkeit aber ist dieser Weg für sie un- denkbar. Es ist abzu- sehen, zu meinen, die Nazis würden eine unbegrenzt lange Zeit ununter- brochen wachsen, wie sie jetzt wachsen. Früher oder später müssen sie ihr soziales Reservoir erschöpfen. Der Faschismus hat in seine Reihen so fürchtbare Widersprüche einbezogen, daß der Moment anbrechen muß, wo die Flut die Ebbe zu ersetzen aufgehört. Dieser Moment kann eintreten, lange bevor die Faschisten über die Hälfte der Stimmen um sich vereinigt haben. Halt machen werden sie nicht können, denn sie werden nichts mehr zu erwarten haben. Sie werden gezwungen sein, auf den Um- sturz zuzugehen.

Aber auch unabhängig davon ist den Faschisten der demokratische Weg abge- schnitten. Das ungeheure Anwachsen der politischen Widersprüche im Lande, die pure Räuberagitation der Faschisten, werden unvermeidlich dazu führen, daß je mehr der Faschismus der Mehrheit näherkommt, um so mehr die Atmosphäre sich erhitzen wird, um so ausge- breiteter Entfaltung die Zusammenstöße und Kämpfe annehmen werden. In dieser Perspek- tive ist der Bürgerkrieg absolut unvermeid- lich. Die Frage der Machtergreifung durch die Faschisten werden folglich nicht Abstimmungen entscheiden, sondern der Bürgerkrieg, den die Faschisten vorbereiten und hervorrufen.

Kann man auch nur eine Minute annehmen, daß Hitler und seine Berater dies nicht begreifen und nicht voraussehen? Das hieße, sie für Dummköpfe halten. Es gibt kein größeres Verbrechen in der Politik, als auf die Dummheit eines starken Feindes zu hoffen. Kann aber Hitler nicht übersehen, daß der Weg zur Macht durch grausamsten Bürgerkrieg hindurchführt, so bedeutet dies, seine Reden vom friedlichen, demokratischen Weg sind bloß eine Deckung, das heißt eine Kriegslüge. Um so mehr heißt es, die Augen offen halten.

Was verbirgt sich hinter Hitlers Kriegslüge?

Sein Kalkül ist vollkommen einfach und augen- scheinlich: er will den Gegner mit der weiter- liegenden Perspektive des parlamentarischen Wachstums der Nazi einschütern, um in einer günstigen Minute den Todesstoß gegen den eingeschälerten Widersacher zu führen. Durchaus möglich, daß Hitlers Verbeugung vor dem demokratischen Parlamentarismus überdies helfen sollen, in der nächsten Zeit irgendeine Koalition herzustellen, in der die Faschisten die wichtigsten Posten erlangen und sie wiederum für den Staatsstreich aus- nützen würden. Denn es ist vollkommen klar, daß die Koalition, sagen wir, zwischen Zent- rum und Faschisten, nicht eine Etappe zur »demokratischen« Lösung der Frage wäre, sondern eine Stufe zum Staatsstreich unter den für die Faschisten günstigsten Bedingungen.

Man muß auf kurze Sicht ausgeben.

Das alles bedeutet, daß die Lösung sogar un- abhängig vom Willen des faschistischen Stabes

im Laufe der nächsten Monate, wenn nicht Wochen eintreten muß. Dieser Um- stand ist von gewaltiger Bedeutung für die Aus- arbeitung der richtigen Politik.

Läßt man zu, daß die Faschisten in zwei, drei Monaten die Macht ergreifen, so wird im nächsten Jahr der Kampf mit ihnen zehn- mal schwerer sein als in diesem. Alle auf zwei, drei, fünf Jahre im voraus berechneten revolutionären Pläne werden sich als kläg- liches und schmachliches Geschwätz erwei- sen, läßt die Arbeiterklasse im Laufe der nächsten zwei, drei, fünf Monate die Faschisten zur Macht gelangen. Die Berech- nung der Zeit ist bei Kriegsoperationen wie in der Politik revolutionärer Krisen von verheißender Bedeutung.

Nehmen wir zur Erläuterung unseren Gedan- ken die folgende Beispiel. Hugo Urbahns, der sich für einen »Linkskommunisten« hält, er- klärt die deutsche Partei für bankrott, für poli- tisch erledigt und schlägt vor, eine neue Partei

zu schaffen. Hätte Urbahns recht, so bedeutete dies, daß der Sieg der Faschisten gesichert wäre, denn zur Schaffung einer neuen Partei bedürfte es Jahre (wobei durchaus nicht er- wiesen ist, daß Urbahns' Partei auch nur irgend- wie besser wäre als die Partei Thalmanns: als Urbahns an der Spitze der Partei stand, gab es keineswegs weniger Fehler).

Ja, würden die Faschisten wirklich die Macht erobern, so bedeutete dies nicht nur die phy- sische Zerschlagung der Kommunistischen Par- tei, sondern ihren wahrhaften politischen Bank- rott. Eine schmachliche Niederlage davontragen gegen Banden von Menschenstaub — das würde das Vielmillionenproletariat Deutschlands der Kommunistischen Internationale und ihrer deut- schen Sektion unermesslich schaden. Die Mach- ergreifung durch die Faschisten würde daher höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit der Schaffung einer neuen revolutionären Partei be- deuten und aller Wahrscheinlichkeit nach auch einer neuen Internationale. Das wäre eine

Roßtäuschertaktik Das Zusammenspiel zwischen Bourgeoisie und Sozialdemokratie

Wieder zieht die Bourgeoisie den Arbeitern und Angestellten ein Stück Haut vom Leibe: beim Bundesbahnsanierungsgesetz den Eisenbahnern, beim Credit-Anstalts-Ge- setz den Bankbeamten, vor kurzem beim Budgetsanierungsgesetz den öffentlichen Angestellten.

Wieder rühmt sich die Sozialdemokratie großer »Erfolge«.

Wie machen es die galizianischen Roßt- äuscher, wenn sie um 100 verkaufen wol- len? Nun, sie verlangen 400, lassen sich 300 abhandeln und bekommen zum Schluß die 100, die sie von vornherein gewollt.

Genau diese Taktik treibt die Bourgeoisie zusammen mit der SP. Die Bourgeoisie will die Eisenbahner um weitere 22 Millio- nen berauben, also kommt sie mit einer Raubvorlage von 44 Millionen. Nun tobt sich der »Kampf« der SP aus. Zum Schluß haben die Kapitalisten das, was sie von vornherein gewollt. Und die SP hat ihren »Erfolg«, um die Beraubten über die so- zialdemokratische Verräterrolle täuschen zu können. Um die Täuschung noch vollstän- dig zu machen, stimmen die sozialdem- okratischen Lakaien gegen das Gesetz, des- sen Inhalt sie selbst mit den kapitalistischen Räubern vorher vereinbart.

Aber auch so ist der Raub ungeheuerlich! Also beißt sich die SP, Nebel um die Hirne der Arbeiter zu breiten, um sie einzulullen und der Bourgeoisie »Ruhe und Ordnung« zu sichern für weitere Raubzüge. »Das un- geheuerliche Defizit im Staatshaushalt zwingt das Parlament, sich immer wieder mit Gesetzen zu beschäftigen, die armen Menschen ihre kargen Bezüge kürzen ... wenn es nicht zur Inflation führen soll

(vor kurzem erst hat die SP durch den »Abend« Inflation als Ausweg vorgeschla- gen) ... Ein Parlament mit bürgerlicher Mehrheit, unter dem Drucke der schwersten Wirtschaftskrise, unter dem Diktat der aus- ländischen Finanzmächte, ein Parlament, das Postarbeit für Lionel Rothschild leisten muß, kann sicherlich die Arbeiterklasse nicht davor bewahren, daß die Krise auf ihre Lebenshaltung schweren Druck übt«, so schreibt die »Arbeiter-Zeitung« am 5. Jänner.

Das Parlament, die bürgerliche Mehrheit, das heißt, die Bourgeoisie, ist nach der Sozialdemokratie »gezwungen«, nach der Sozialdemokratie »muß« die Bourgeoisie unter dem Drucke der Wirtschaftskrise die Arbeiter und Angestellten berauben. So spricht die Sozialdemokratie!

Zum ersten: Die Wirtschaftskrise ist kein Naturereignis, sie ist herbeigeführt von der Bourgeoisie!

Zum zweiten: Die Arbeitslosen verhungern, die Beschäftigten hungern, die Sozial- demokratie aber, die sich als Partei der Ar- beiter ausgibt, schwindelt vor, die Bour- geoisie muß sich an die Arbeiter halten! Wenn die SP wirklich eine Arbeiterpartei wäre, dann hätte sie schon längst, hätte sie schon von allem Anfang sagen müssen und müßte sie erst recht heute sagen und da- für die Massen zum »Berparlamentarischen Kampf mobilisieren: Das, was die Arbeiter und Angestellten haben, reicht zum Leben nicht hin, nicht ein Groschen darf ihnen genommen werden! Die, die haben, die müssen opfern: die Kapitalisten, die Großgrundbesitzer, die Großbauern, die Kirche.

Die Sozialdemokratie entpuppt sich als

Helfershelferin der Kapitalistenklasse. Das, was im Parlament aufgeführt wird, ist ein gut organisiertes Roßtäuscherszusammen- spiel zwischen Bourgeoisie und Sozialdemo- kratie, wobei die Bourgeoisie ihren faschis- tischen Kettenhund benützt, um ihre sozial- demokratischen Lakaien noch gefügiger zu machen. So bekommt die Kapitalistenklasse das, was sie braucht. Die sozialdemokrati- schen Lakaien fallen dabei nicht übel. Zwi- schen 800 und 2000 S monatlich ist man zwar kein Großkapitalist, aber es läßt sich dabei ganz behaglich leben. Die kleinbür- gerliche Existenz jener Schichten zu be- halten, die sie wirklich vertritt, das ist das eigentliche Programm der Sozialdemokratie. Dazu nützt sie die Massen aus und, um die Massen hinter sich zu halten, bleibt der SP kein anderes Mittel, als die Massen zu täu- schen.

Der Raubzug der Bourgeoisie geht weiter. Mit Versammlungsverbot sucht sie die Mo- bilisierung der Massen zu verhindern. Die faschistische Offensive geht weiter. Der Verrat der sozialdemokratischen Lakaien geht weiter.

Um die Katastrophe zu verhindern, müs- sen die Massen Opfer bringen, sagt die SP. Nun, für Rothschild und Co. wurden in der Tat mit Hilfe der SP die Katastrophe über- wunden, auf Kosten der Massen. Für die Massen aber ist die Katastrophe da und sie wird immer ärger werden, wenn sich die Massen weiter vor den Wagen der SP spannen lassen.

Mit der SP brechen, sich eine eigene Klassenpartei schaffen, die proletari- sche, durch Gesundung der Kommu- nistischen Partei, das ist das Gebot der Stunde.

furchtbare historische Katastrophe. Aber heute annehmen, als das sei unvermeidlich, können nur wahrhaftige Liquidatoren, jene, die unter dem Deckmantel hohler Phrasen sich in Wirklichkeit daran schicken, feige noch vor dem Kampf und ohne Kampf zu kapitulieren. Mit dieser Auffassung haben wir Bolschewiki-Leninisten, die von den Stalinisten «Trotzkisten» genannt werden, nichts gemein.

Wir sind unerschütterlich davon überzeugt, daß der Sieg über die Faschisten möglich ist — nicht nach ihrer Ankunft an der Macht, nicht nach fünf, zehn oder zwanzig Jahren ihrer Herrschaft, sondern jetzt, unter den gegebenen Bedingungen, in den kommenden Monaten und Wochen.

Thälmann hält den Sieg des Faschismus für unvermeidlich.

Zum Sieg braucht man eine richtige Politik. Das heißt im besonderen, man braucht eine Politik, die auf die gegenwärtige Lage berechnet ist, auf die heutige Kräftegruppierung und nicht auf die Lage, die in ein, zwei oder drei Jahren eintreten soll, wo die Machtfrage längst schon entschieden sein wird.

Das ganze Unglück besteht darin, daß die Politik des Zentralkomitees der Deutschen Kommunistischen Partei teils bewußt, teils unbewußt von der Anerkennung der Unvermeidlichkeit des faschistischen Sieges ausgeht. In der Tat geht in dem am 29. November veröffentlichten Aufruf zur «Roten Einheitsfront» das Zentralkomitee der KPD von dem Gedanken aus, daß man den Faschismus nicht besiegen kann, ohne zuvorderst die Sozialdemokratie besiegt zu haben. Den gleichen Gedanken wiederholt in allen Tonarten Thälmann in seinem Artikel. Ist dieser Gedanke richtig? Im historischen Maßstab ist er unbedingt richtig. Das bedeutet aber durchaus nicht, daß man mit seiner Hilfe, das heißt durch seine bloße Wiederholung, die Tagesfragen lösen kann. Ein vom Standpunkt der revolutionären Strategie, im Ganzen, richtiger Gedanke schlägt in Lüge um, dabei in eine reaktionäre Lüge, übersetzt man ihn nicht in die Sprache der Taktik. Ist es richtig, daß man zur Vernichtung von Arbeitslosigkeit und Elend vorerst den Kapitalismus vernichten muß? Richtig. Aber nur der letzte Dummkopf kann daraus die Folgerung ziehen, daß wir nicht heute schon aus allen Kräften gegen jene Maßnahmen kämpfen müssen, mit deren Hilfe der Kapitalismus das Elend der Arbeiter vergrößert.

Läßt sich hoffen, daß die Kommunistische Partei in den nächsten Monaten sowohl die Sozialdemokratie als auch den Faschismus niederrückt? Kein normal denkender Mensch, der lesen und rechnen kann, würde eine solche Behauptung riskieren. Politisch steht die Frage so: kann man jetzt, im Lauf der kommenden Monate, die beim Vorhandensein einer zwar geschwächten aber immer noch (zum Unglück) sehr starken Sozialdemokratie, dem Faschismus siegreichen Widerstand leisten? Darauf antwortet das Zentralkomitee der KPD mit anderen Worten: Thälmann hat den Sieg des Faschismus für unvermeidlich.

Ist Brüning das kleinere Übel?

Wir Marxisten betrachten Brüning und Hitler mitsamt Braun als verschiedene Teilelemente ein und desselben Systems. Die Frage, wer von ihnen das kleinere Übel ist, hat keinen Sinn, denn das System, das wir bekämpfen, benötigt alle diese Elemente. Aber diese Elemente befinden sich augenblicklich im Zustand des Konflikts, und die Partei des Proletariats muß diesen Konflikt im Interesse der Revolution ausnützen.

Eine Tonleiter umfaßt sieben Töne. Die Frage, welcher der Töne «bessers» sei: Do, Re oder Sol ist eine unsinnige Frage. Der Musikant indes muß wissen, wann und auf welche Taste er zu schlagen hat. Ebenso unsinnig ist die abstrakte Frage, wer das kleinere Übel ist: Brüning oder Hitler. Man muß wissen, auf welche von diesen Tasten zu schlagen ist. Verständlich? Für Verständnisschwache sei noch ein Beispiel angeführt. Wenn einer der Feinde mir täglich mit kleinen Giftportionen zusetzt, der zweite aber aus dem Eck hervorschießen will, so schlage ich vor allem diesem zweiten Feinde den Revolver aus der Hand, denn das gibt mir die Möglichkeit, mit dem ersten Feinde fertig zu werden. Dies heißt aber nicht, daß Gift ein «kleineres Übel» ist im Vergleich zum Revolver.

Das Unglück besteht gerade darin, daß sich die Führer der Deutschen Kommunistischen Partei auf den gleichen Boden gestellt haben wie die Sozialdemokratie, bloß mit umgekehrtem Vorzeichen: die Sozialdemokraten stimmen für Brüning, indem sie ihn als kleineres Übel anerkennen. Die Kommunisten aber, die Brüning und Braun in jeder Weise das Vertrauen verweigern (und das ist vollkommen richtig gehandelt), gingen indes auf die Straße, um Hitlers Volksentscheid zu unterstützen, das heißt: den Versuch der Faschisten, Brüning zu stürzen. Doch damit haben sie ja selbst Hitler als das kleinere Übel anerkannt, denn der Sieg des Volksentscheides hätte nicht das Proletariat zur Macht geführt, sondern Hitler. Führer, es ist eine Pein, solche ABC-Fragen auseinanderzusetzen zu müssen! Schlecht ist es bestellt, wenn Musikanten wie Remmel, statt die Noten zu unterscheiden, die Klaviatur mit dem Stiefel arbeiten.

Es geht nicht um die Arbeiter, welche die Sozialdemokratie verlassen haben, sondern um jene, die in ihr verharren.

Die Noske, Wels, Hilferding ziehen letzten Endes den Faschismus dem Kommunismus vor. Aber dazu müssen sie sich endgültig von den Arbeitern lösen. Heute ist dem noch nicht so. Heute gerät die Sozialdemokratie als Ganzes, bei all ihren inneren Widersprüchen, in scharfen Konflikt mit den Faschisten. Unsere Aufgabe besteht darin, diesen Konflikt auszunützen und nicht darin, die Widersacher gegen uns zu vereinen.

Die Front muß jetzt gegen den Faschismus gerichtet werden. Und diese für das ganze Proletariat gemeinsame Front des direkten Kampfes gegen den Faschismus muß man für den von der Flanke geführten, darum aber nicht minder wirksamen Kampf gegen die Sozialdemokratie ausnützen.

Man muß in der Tat vollkommene Bereitschaft offenbaren, gegen die Faschisten einen Block mit der Sozialdemokratie zu schließen, in allen Fällen, wo sie auf einen Block eingehen. Den sozialdemokratischen Arbeitern zu sagen: «Wert Eure Führer beiseite und schließt Euch unserer «parteilosen» Einheitsfront an», heißt noch eine hohle Phrase zu tausend anderen hinzufügen. Man muß verstehen, die Arbeiter in Wirklichkeit von den Führern loszulösen. Die Wirklichkeit aber ist jetzt — der Kampf gegen den Faschismus.

Es gibt und wird zweifellos sozialdemokratische Arbeiter geben, die bereit sind, Hand in Hand mit den kommunistischen Arbeitern gegen die Faschisten zu kämpfen unabhängig vom Willen und sogar gegen den Willen der sozialdemokratischen Organisationen. Mit solchen fortschrittlichen Elementen muß man selbstverständlich möglichst enge Bindungen herstellen. Aber sie sind vorderhand nicht von großer Zahl. Der deutsche Arbeiter ist erzo-gen im Organisationsgeist und im Geist der Disziplin. Das hat seine starken wie auch seine schwachen Seiten. Die überwiegende Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter will gegen die Faschisten kämpfen, aber — vorwiegend noch — nicht anders als gemeinsam mit ihrer Organisation. Diese Etappe läßt sich nicht überspringen. Wir müssen den sozialdemokratischen Arbeitern helfen, in der Tat — in der neuen, außergewöhnlichen Situation — zu überprüfen, was ihre Organisationen und Führer wert sind, wenn es um Leben und Tod der Arbeiterklasse geht.

Man muß der Sozialdemokratie den Block gegen die Faschisten aufzwingen.

Das Unglück besteht darin, daß es im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei viele erschrockene Opportunisten gibt. Sie haben gehört, daß der Opportunismus in der Liebe zu Blocks besteht, deshalb sind sie gegen Blocks. Sie begreifen nicht den Unterschied zwischen, sagen wir, parlamentarischen Abkommen und einer — selbst noch so bescheidenen — Kampfvereinbarung in Bezug auf einen Streik oder Schutz von Arbeiterdruckereien vor faschistischen Banden.

Wahlabkommen, parlamentarische Vereinbarungen, abgeschlossen zwischen der revolutionären Partei und der Sozialdemokratie, dienen in der Regel dem Vorteil der Sozialdemokratie. Praktische Vereinbarungen über Massenaktionen, über Kampfformen sind immer zum Nutzen der revolutionären Partei. Das «Anglo-Russische Komitee war eine unzulässige Art des Blocks zweier Spitzen auf gemeinsamer politischer Basis, unbestimmte Absprachen, die keinerlei Aktion verpflichteten. Die Aufrechterhaltung dieses Blocks in der Zeit des Generalstreiks, wo der Generalrat eine Streikrevolverrolle versah, bedeutete seitens der Stalinisten, eine Verräterpolitik zu führen.

Keine gemeinsame Plattform mit der Sozialdemokratie oder den Führern der deutschen Gewerkschaften, keine gemeinsamen Publikationen, Banner, Plakate! Getrennt marschieren, vereint schlagen! Sich nur darüber verständigen, wie zu schlagen, wen zu schlagen und wann zu schlagen! Darüber kann man mit dem Teufel selbst sich verständigen, mit seiner Großmutter und sogar mit Noske und Grzesinsky. Unter einer Bedingung: sich nicht die eigenen Hände binden!

Man muß ohne Verzug endlich ein praktisches System von Maßnahmen ausarbeiten — nicht mit dem Ziel bloßer «Entlarvung» der Sozialdemokratie (vor den Kommunisten), sondern mit dem Ziel des tatsächlichen Kampfes gegen den Faschismus. Die Frage von Betriebschutz, freier Tätigkeit der Betriebsräte, Unantastbarkeit der Arbeiterorganisationen und Einrichtungen, die Frage von Waffenlagern, die von den Faschisten ergriffen werden könnten, die Frage nach Maßnahmen für den Fall der Gefahr, das heißt nach Koordinierung der Kampfhandlungen der kommunistischen und sozialdemokratischen Abteilungen usw. usw. müssen in dieses Programm aufgenommen werden.

Im Kampf gegen den Faschismus gebührt den Betriebsräten ein gewaltiger Platz. Hier ist ein besonders genaues Aktionsprogramm notwendig. Jeder Betrieb muß ein antifaschistisches Bollwerk werden, mit eigenem Kommandanten und eigenen Kampfmannschaften. Man muß eine Karte der faschistischen Kasernen und übrigen faschistischen Herde in jeder Stadt, in jedem Bezirk besitzen. Die Faschisten versuchen, die revolutionären Herde zu umzingeln. Die Umzingelung müssen umzingelt werden. Auf diesem Boden ist ein Übereinkommen mit den sozialdemokratischen und gewerkschaftlichen Organisationen nicht nur zulässig, sondern Pflicht. Darauf aus «prinzipiellen» Erwägungen verzichten (in Wirklichkeit aus bureaukratischer Dummheit, oder noch ärger: aus Feigheit) läßt direkt und unmittelbar dem Faschismus helfen.

Ein praktisches Programm von Vereinbarungen mit den sozialdemokratischen Arbeitern haben wir bereits im September 1930 («Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland»), das heißt vor einviertel Jahren, vorgeschlagen. Was hat die Leitung in dieser Richtung unternommen? Fast nichts. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei hat sich mit allem Befußt außer mit dem, was seine direkte Aufgabe bildete. Wieviel wertvolle, unüberbrückliche Zeit ist versäumt! Wahrfähig, es ist ihrer nicht mehr viel geblieben. Das Aktionsprogramm muß streng praktisch, streng sachlich sein, ohne jede künstlichen «Ansprache», ohne jegliche Hinterge-

danke, so daß jeder durchschnittliche sozialdemokratische Arbeiter sich sagt: was die Kommunisten beantragen, ist vollkommen unerschütterlich für den Kampf gegen den Faschismus. Auf dieser Grundlage muß man durch das Beispiel die sozialdemokratischen Arbeiter mit sich vorwärts ziehen und ihre Führer kritisieren, die unvermeidlich entgegenwirken und bremsen werden. Nur auf diesem Weg ist der Sieg möglich.

Vollkommene Unabhängigkeit der kommunistischen Organisation und Presse, vollkommene Freiheit der kommunistischen Kritik, das gleiche für die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Eine Bindung der Freiheit der Kommunistischen Partei zuzulassen (z. B. im Wege des Eintritts in die Kuomintang) können nur verächtliche Opportunisten. Wir zählen nicht zu ihnen.

Nichts zurücknehmen von unserer Kritik an der Sozialdemokratie. Nichts vergessen von dem, was war. Die gesamte historische Rechnung, darunter auch die Rechnung für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, wird seinerzeit präsentiert werden, so wie auch die russischen Bolschewiki letzten Endes den Menschewiki und Sozialrevolutionären die Generalabrechnung für Hetze, Verleumdung, Verhaftungen, Mord an Arbeitern, Soldaten und Bauern präsentieren haben.

Aber wir haben unsere Generalabrechnung präsentiert zwei Monate nachdem wir die Teilabrechnung zwischen Kerenski und Kornilow, zwischen «Demokraten» und Faschisten, benutzt hatten — dazu, um so sicherer die Faschisten zurückzuwerfen. Nur dank diesem Umstand haben wir gesiegt.

Wenn sich das Zentralkomitee der KPD diese Position zu eigen machen wird, so wird sich das ganze Herangehen an die sozialdemokratische Masse und die Gewerkschaftsorganisationen mit einem Schlag ändern: anstatt der Artikel und Reden, die überzeugend sind nur für die, die

ohnehin schon überzeugt sind, werden die Agitatoren eine gemeinsame Sprache mit neuen Hunderttausenden und Millionen Arbeitern finden. Die Differenzierung in der Sozialdemokratie wird mit verstärktem Tempo vor sich gehen. Die Faschisten werden bald spüren, daß die Aufgabe durchaus nicht darin besteht, Brüning, Braun und Wels zu betrügen, sondern darin, den offenen Kampf mit der ganzen Arbeiterklasse aufzunehmen. Im Faschismus wird unvermeidlich eine tiefe Differenzierung auf dieser Ebene vor sich gehen. Nur auf diesem Weg ist ein Sieg möglich.

Aber diesen Sieg muß man wollen. Indes gibt es unter den kommunistischen Beamten nicht wenig feige Karrieristen und Bonzen, denen ihr Plätzchen, ihr Einkommen teuer ist und noch mehr — ihre Haut. Diese Subjekte sind sehr geneigt, mit ultraradikalen Phrasen zu prunken, hinter denen sich kläglicher und verächtlicher Fatalismus verbirgt. Ohne Sieg über die Sozialdemokratie kann man sich mit dem Faschismus nicht schlagen! — sagt solch ein schrecklicher Revolutionär — und aus diesem Grund... besorgt er sich einen Reisepaß.

Arbeiter-Kommunisten, ihr seid Hunderttausende, Millionen: ihr könnt nirgends wegfahren, für Euch gibt es der Reisepaße nicht genug. Wenn der Faschismus zur Macht gelangt, wird er wie ein furchtbarer Tank über Eure Schädel und Wirbelsäulen hinweggehen. Rettung liegt nur in unarmherzigem Kampf. Und dies kann nur die Kampfesverknüpfung mit der sozialdemokratischen Arbeiter bringen. Eilt, Arbeiter-Kommunisten, es ist Euch wenig Zeit gelassen!

8. Dezember 1931.

L. Trotzki.

Der vorstehende Artikel ist ein Auszug aus der eben erschienenen Broschüre des Genossen Leo Trotzki: Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen? Arbeiter-Einheitsfront gegen den Faschismus! Zu beziehen durch den Verlag der «Arbeiter-Stimme», Preis 20 g.

Staatskapitalismus

Staatskapitalismus, das ist der neueste Schlag der Sozialdemokratie, die neueste Illusion, womit sie die Arbeiter zu betören, irreführen sucht.

Das Eigentum, die Verfügung und Verwaltung über Produktionsmittel, in der Hand des Staates zum Profit für den Staat, das ist Staatskapitalismus. Die Eisenbahnen, die Salz- und Tabakbetriebe zum Beispiel sind schon seit langem in der Hand des österreichischen Staatskapitalismus. In den staatlichen Salz- und Tabakbetrieben, bei den staatlichen Eisenbahnen wird nach rein kapitalistischen Grundsätzen gewirtschaftet.

Worin besteht der Unterschied zwischen Staatskapitalismus und Privatkapitalismus? Im Privatkapitalismus ist Herr über den Betrieb und Profiteinstecker der Privatkapitalist, im Staatskapitalismus ist Herr über den Betrieb und Profiteinstecker der Staat.

Hier nun beginnt der sozialdemokratische Schwindel. «Wenn in wichtigen Teilen der Wirtschaft an die Stelle der Privatkapitalisten die Allgemeinheit tritt, vollzieht sich der Übergang von der Alleinentscheidung der Privatunternehmer zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung der Gesamtheit», sagt die «Arbeiter-Zeitung» vom 25. Dezember 1931. Indem der Staat an die Stelle des Privatunternehmers tritt, tritt an die Stelle der Privatkapitalisten die — Allgemeinheit, sagt die «Arbeiter-Zeitung». Den Staat, den kapitalistischen Staat, schwindelt also die Sozialdemokratie den Arbeitern vor als die «Allgemeinheit», als die «Gesamtheit». In Wirklichkeit ist der kapitalistische Staat aber nichts als die Herrschaftsorganisation der Kapitalistenklasse zur Sicherung, zur Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ausbeuterwirtschaft.

Der Staatskapitalismus besteht also in Wirklichkeit darin, daß an die Stelle der Einzelkapitalisten tritt die Kapitalistenklasse.

Bedeutet das einen «Übergang» zum Sozialismus, wie die Sozialdemokratie vorschwindelt? Das gerade Gegenteil. Der Staatskapitalismus ersetzt die Zersplitterung der Einzelkapitalisten durch das konzentrierte Eigentum, die konzentrierte Verfügung und Verwaltung der Kapitalistenklasse. Im Staatskapitalismus steht also die Ausbeuterklasse den Arbeitern konzentriert gegenüber, im Staatskapitalismus ist die Ausbeutung der Arbeiter noch viel größer! Der Staatskapitalismus ist nicht ein «Übergang» zum Sozialismus, sondern das gerade Gegenteil! Der Staatskapitalismus ist der ungeheure Ver-

such der Kapitalisten, als Klasse durch potenzierte Konzentrierung der Produktion und der Ausbeutung die Widersprüche des Kapitalismus zu überwinden, um den Sozialismus zu verhindern. Der Privatkapitalismus wird unhaltbar; der Staatskapitalismus ist die Form, in welcher der Kapitalismus als System sein Leben zu verlängern sucht, um dem Sozialismus zu entgehen. Der Staatskapitalismus ist Sozialismus — beschränkt auf die Kapitalisten.

Eben darum vertritt ihn die Sozialdemokratie. Gegenüber dem Einzelinteresse des Privatkapitalisten, die durch ihren Einzelegoismus den Kapitalismus als System gefährden, vertritt die Sozialdemokratie den kapitalistischen Klassenegoismus, das gesamte kapitalistische Interesse, das Interesse der Kapitalistenklasse, den Staatskapitalismus zur Rettung des kapitalistischen Systems, zur Rettung der Bourgeoisie als Klasse.

Die Sozialdemokratie ist der Lakai der Bourgeoisie. Den Kapitalismus zu retten, das ist die wirkliche Grundlinie der Sozialdemokratie. Der Staatskapitalismus, den sie den Arbeitern als «Übergang zum Sozialismus» vorschwindelt, dient der Rettung des kapitalistischen Systems. Sie spiegelt den Arbeitern den Staatskapitalismus vor als «Übergang zum Sozialismus», um die Arbeiter abzuhalten von der sozialistischen Revolution, die allein den Sozialismus verwirklichen kann.

Der Staatskapitalismus ist kein «Übergang» zum Sozialismus. Und dennoch erleichtert er, gegen den Willen der Sozialdemokratie, den proletarischen Revolutionären die Mobilisierung der Massen zur sozialen Revolution. Das, was heute erst ein kleiner Teil der Arbeiterschaft mit voller Klarheit erkennt, den kapitalistischen Klassencharakter dieses Staates, das werden alle Arbeiter, ja alle Werktätigen rasch erkennen, sobald an die Stelle der Einzelunternehmer der Staat tritt, sich restlos enthüllt als Staat der Kapitalisten.

Hinter dem Schlag der «Staates» verborgen, den sie den Arbeitern als «Allgemeinheit», als «Gesamtheit» vorschwindelt, vollzieht die Sozialdemokratie ihren tagtäglichen Verrat an der Arbeiterklasse im Dienste der Bourgeoisie. Im Staatskapitalismus fällt dieser Schleiher weg, rasch wird die Verräterrolle der Sozialdemokratie den breitesten Massen unzweifelhaft sichtbar.

Die Frage des Staates ist die zentrale Frage des Weges zum Sozialismus. Es gibt nur einen einzigen Weg zum Sozialismus: die restlose Liquidierung der

STEIERMARK

Steirische Verwaltung der «Arbeiter-Stimme»: Graz-Eggenberg, Georgigasse 46/L. Zuschriften an diese Adresse. Auskünfte, Entgegennahme von Artikeln erfolgt alle Freitag, 7 bis 8 Uhr abends, im Kommuneleiter, Eggenberg, Rochelgasse 32.

Stalintreich in der Grazer Arbeitslosenbewegung

Wie schon so oft haben sich die stalinstischen Strategen wieder einmal vor der gesamten Arbeiteröffentlichkeit entlarvt. Das ganze Geschrei von dem gemeinsamen Kampf aller Arbeitslosen hat sich wieder einmal in der Wahrheit als nichts anderes erwiesen als stalinstische Magie.

Vor einigen Monaten wählten die Grazer Arbeitslosen in einer Versammlung der KP sich wieder ein Arbeitslosenkomitee, in das auch oppositionelle Kommunisten gewählt wurden. So kam es, daß wichtige Posten im Zentralarbeitslosenkomitee in unsere Hände kamen. Wir gaben rückhaltlos unsere Arbeit im Interesse der Sache. Gleich nach Beginn der ersten Arbeiten merkten wir, daß Kräfte am Werke waren, um unsere Arbeit zu sabotieren. Ortner wurde als Agitpropaganda der Grazer Arbeitslosen total von den stalinstischen Genossen im Stiche gelassen, Hüttler allein arbeitete erfolgreich bei der Finanz. Es wurden Delegationen gewählt zu den verschiedensten Ämtern, zu denen Gracich, Rastl und die anderen Stalinsten gar nicht kamen, weil Oppositionelle dabei waren. So haben diese Leute die Interessen der Grazer Arbeitslosen schmählich sabotiert! Sie haben angesichts des riesigen Elends der hungernden Arbeitslosen ihre dreckigen, persönlichen Vorteile und Strebegierigkeiten höher gehalten als die Kampforganisation der Arbeitslosen. Unsere Genossen waren machtlos gegen das schändliche Treiben dieser gewissenlosen Elemente, da diese ihre verbrecherische Schädigungsarbeit heimlich machten. Um diese Zeit stieß ein verkrachter Geschäftsmann zur Opposition, der

aber bald erkannt und an die Luft geliefert wurde. Selbst die Stalinsten erkannten die zweifelhafte Rolle dieses Menschen und besprachen sich des öfteren darüber mit unseren Genossen. Nun erfahren wir, daß Alfons, Chagran und Gracich sich mit diesem Mann verbunden haben zum Kampf gegen die Opposition! Wir gratulieren den Stalinsten zu ihrem neuen Mitarbeiter!

Nun sucht die Stalin-Bürokratie unsere Genossen aus dem ZAK auszuschließen. Unter allen möglichen erlogenen Motiven will sie dieses Verbrechen vor den Arbeitslosen rechtfertigen... Zum Beispiel hätten die Oppositionellen das Ansehen des ZAK kompromittiert, weil sie in der Redaktion der «Arbeiter-Stimme» für die Arbeitslosen-Gesuche und Eingaben erledigt haben.

Wir werden in der nächsten Nummer den Arbeitslosen beweisen, wer jetzt im ZAK Platz genommen hat und werden außerdem eine Liste aller jener Veröffentlichungen, die nachweisbar durch uns wieder im Bezug der Arbeitslosenunterstützung sind. Mögen die Arbeitslosen über das nichtswürdige Verhalten der Stalin-Bürokraten selbst urteilen.

Die Oppositionellen Kommunisten des Zentralarbeitslosenkomitees.

Arbeitslosenfürsorge

Dazu schreibt unsere steirische Redaktion: Bürgermeister Auer hat dem Proleten die Unterstützung tatsächlich verweigert und ihn zum Pfarrer gesandt. Zum Beweis folgende Nachricht: In der letzten Vertrauensmännerversammlung der SP in Andritz ging es sehr stürmisch zu. Die Vertrauensmänner wandten sich energisch gegen den anwesenden Bürgermeister Auer und seinen Sekretär Musil. Der arbeitslose Vertrauensmann sagte vor den ganzen Vertrauensleuten dem Herrn Genossen Bürgermeister die Wahrheit ins Gesicht, worauf dieser sich nicht mehr traute, den Vorfall abzustreiten. Unwahr ist also, was Bürgermeister Auer behauptet! Wahr ist vielmehr, was die «Arbeiter-Stimme» berichtet.

Zu der unter diesem Titel in Nr. 89 veröffentlichten Notiz erhalten wir von Dr. Bruno Kurzweil namens der Herren Franz Auer, Bürgermeister in Andritz, und Karl Musil, Gemeindegastwirt in Andritz, folgende Berichtigung.

Sie schreiben: «In Andritz ist eine sozialdemokratische Gemeindegastwirtin. Da mußte man meinen, daß es hier den Arbeitslosen anders gehen müsse als anderswo. Ein Beispiel: Ein Arbeitsloser, der Wochen schon keinen Heller Geld erhielt und der noch überdies fester sozialdemokratischer Funktionär war, wendete sich in seiner Not an den Bürgermeister Auer. «Ich kann nichts geben», sagte der, «ich muß den Sekretär fragen.» Sekretär Musil, auch Sozialdemokrat, kam. Aber er lehnte brüsk ab. «Gehen Sie halt hinauf zum Pfarrer», sagte er schließlich. Feine Sozialisten! Den hungernden Parteigenossen, der jahrelang den Groschen ihnen zutrug, schicken sie — zum Pfaffen! — Die hierin enthaltenen Behauptungen, daß ein arbeitsloser sozialistischer Funktionär sich in seiner Not an den Bürgermeister Auer gewendet habe, daß dieser sagte, er könne nichts geben und müsse den Sekretär fragen, ferner die Behauptung, Sekretär Musil habe brüsk abgelehnt und den hungernden Parteigenossen zum Pfarrer geschickt, sind unwahr. Wahr ist, daß Herr Bürgermeister Auer niemals einem Arbeitslosen gesagt hat, ich kann nichts geben, ich muß den Sekretär fragen, wahr ist, daß Herr Sekretär Musil niemals einem Arbeitslosen wegen Unterstützung brüsk abgelehnt und zum Pfarrer geschickt habe.

KP (Opposition) Graz

Zelle Graz. Zeilenabend jeden Donnerstag im bekannten Lokal, 8 Uhr abends. — Sportabend jeden Dienstag im bekannten Lokal, 8 Uhr abends.

Zelle Eggenberg. Zeilenabend jeden Dienstag in der Kommune, 8 Uhr abends. — Sportabend jeden Mittwoch in der Kommune, 8 Uhr abends.

Ausschluß. Heinrich Ludersdorfer wurde schimpflich aus den Reihen der österreichischen Opposition ausgeschlossen. Ludersdorfer wollte auf dem Rücken unserer Organisation Beteiligungen bei verschiedenen kapitalistischen Unternehmungen anbahnen und war sehr aufgeregt, als man ihm die Mitwirkung versagte. Als die Beihilfe zu seinem politischen Geschäft verweigert wurde, bot er seine schmutzigen Dienste der Stalin-Bürokratie an, die sich dieses zweifelhaften Menschen gegen die Linksoption zu bedienen sucht.

Achtung! Arbeitslose! Betriebsarbeiter!

Bescheide, Gesuche, Eingaben, Beratung in arbeiterrechtlichen Fragen erledigt vollkommen kostenlos die

Arbeiterrechtsschutzstelle der „Arbeiter-Stimme“

Jeden Mittwoch von 3 bis 8 Uhr im Gasthaus «Tiroler Weinstube», Graz, Idelhofgasse 31

kapitalistischen Herrschaftsorganisation, der kapitalistischen Diktatur, die Aufrichtung der proletarischen Herrschaftsorganisation, der proletarischen Diktatur durch die proletarische Revolution. Nicht darauf kommt es an, die Produktionsmittel in die Hand des «Staates» zu bringen, des kapitalistischen nämlich, sondern darauf kommt es an: den kapitalistischen Staat durch die proletarische Revolution zu liquidieren, an seiner Stelle durch die proletarische Revolution den proletarischen Staat aufzurichten. So führt die proletarische Revolution zu nichts anderem, als daß die Produktionsmittel vermöge der proletarischen Diktatur nicht kommen in Eigentum, Verfügung und Verwaltung der «Allgemeinheit», der «Gesamtheit», sondern in Eigentum, Verfügung und Verwaltung der Arbeiterklasse. In dem Maße als die Arbeiterklasse mittels der proletarischen Diktatur die Klassenspaltung der Gesellschaft überwindet, in demselben Maße wandelt sich Eigentum, Verwaltung, Verfügung der Arbeiterklasse an den Produktionsmitteln in Eigentum, Verfügung, Verwaltung wirklich der Allgemeinheit, der Gesamtheit.

Die Arbeiterschaft muß den Staatskapitalismus, der Sozialdemokratie bekämpfen!

Erst der proletarische Staat, der den Kapitalisten die Produktion entreißt, diese in seiner Hand vereinigt, beginnt den Übergang zur sozialdemokratischen Produktion. Er kann im Anfang nicht anders, als zunächst kapitalistische Formen beizubehalten, wie zum Beispiel die Lohnform. Aber auch da schon füllt er diese alten Formen mit neuem Inhalt. Ist der sozialistische Aufbau weit genug vorgeschritten, so ersetzt der proletarische Staat die alten Formen durch die neue, sozialistische Form. In gewissem Sinne haben wir also als erste Etappe der proletarischen Diktatur den — Staatskapitalismus; aber den Staatskapitalismus unter Leitung und Kontrolle des proletarischen Staates. Das ist etwas ganz, ganz anderes, als die Sozialdemokratie will!

Der Staatskapitalismus als erste Etappe der proletarischen Diktatur führt durch Planwirtschaft zum sozialistischen Aufbau. Das ist ein, ja das ist der Übergang zum Sozialismus. Aber er ist es nur auf der Basis des revolutionären Internationalismus, auf der Basis der Parteidemokratie in der kommunistischen Partei, auf der Basis der Arbeiterdemokratie in der proletarischen Diktatur! Nur indem die Kommunisten mittels der Parteidemokratie die kommunistische Partei dauernd kontrollieren, nur indem die Arbeiter

mittels der Arbeiterdemokratie die proletarische Diktatur dauernd kontrollieren, nur diese dauernde Kontrolle durch die Kommunisten und durch die Arbeiter garantiert, daß sich die kommunistische Partei und die proletarische Diktatur dauernd auf der proletarischen Klassenlinie bewegen, das ist auf der Linie des revolutionären Internationalismus, nur diese dauernde Kontrolle durch die Kommunisten und durch die Arbeiter schafft die Sicherheit, daß die staatskapitalistische Phase der proletarischen Diktatur wirklich der Übergang ist und bleibt zum sozialistischen Aufbau. In einer proletarischen Diktatur, in der die Parteidemokratie in der kommunistischen Partei beseitigt ist, in der die Arbeiterdemokratie im Betrieb überhaupt nicht mehr und im Staat im besten Fall nur noch dem Schein nach besteht, in der statt internationalproletarische nationalrussische Politik getrieben wird, ist keine Sicherheit, daß die staatskapitalistische Phase überleitet zum sozialistischen Aufbau. Bei Nichtbestehen der Parteidemokratie und der Arbeiterdemokratie; bei nationalstischer Politik wächst im Gegenteil die ungeheure Gefahr, daß die staatskapitalistische Phase unter dem Mantel sozialistischer Phrasen zum Sozialismus führt — zur Herausbildung einer neuen Ausbeuterklasse, zu einer neuen Ausbeuterwirtschaft. In dieser ungeheuren, von Tag zu Tag wachsenden Gefahr befindet sich heute die proletarische Diktatur in Rußland dank des Stalinismus. Alle Giganten zusammen dürften darüber nicht täuschen: diese Giganten werden nicht kontrolliert durch die Kommunisten, werden nicht kontrolliert durch die Arbeiter, werden geleitet und verwaltet auf einer nationalistischen Grundlinie.

Gegen den Staatskapitalismus der Sozialdemokratie, weil dieser Staatskapitalismus der Bourgeoisie hilft.

Für die Parteidemokratie in der Russischen Kommunistischen Partei, für die Arbeiterdemokratie in Rußland, für die Parteidemokratie in allen kommunistischen Parteien, für die Parteidemokratie in der kommunistischen Internationale, für die Politik des revolutionären Internationalismus, weil nur so die dem proletarischen Charakter des russischen Staates durch den Stalinismus drohende Gefahr überwunden, weil nur so die Sicherheit geschaffen werden kann, daß die staatskapitalistische Phase der proletarischen Diktatur wirklich überleitet zum sozialistischen Aufbau!

Erlebnisse eines Arbeiters unter dem Stalinismus

Von Josef Gafner

Auf meinen Bericht in Nr. 90 der «Arbeiter-Stimme» wegen die Stalin-Bürokraten nicht zu antworten. Sie fürchten die Arbeiterberatung, offen vor der gesamten Arbeiterschaft; die würde zeigen, wie sie die Arbeiter und selbst die Kommunisten planmäßig über den Stalinismus irreführen. Während sie aber in der «Roten Fahne» schweigen, sind die Stalinbeamten unterirdisch desto geschäftiger, um die Tatsachen, die ich berichte, und die Schlußfolgerungen, die sich daraus ergeben, abzuschwächen, umzubiegen, abzublenden, umzulügen. «Gafner ist ein Feind des Kommunismus, ein Feind der Sowjetmacht, ein Feind des Aufbaues in Rußland», so gehen sie von Mann zu Mann hausieren. Es ist der alte Trick. Wenn wir revolutionäre Gewerkschafter die reformistische Gewerkschaftspolitik, die Verfallspolitik der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten anprangern, dann schreiben diese Pharisäer: «Die revolutionären Gewerkschafter sind Feinde der Gewerkschaften, sie wollen die Gewerkschaften zertrümmern. Genau so machen es die Stalin-Bürokraten. Wir kritisieren ihre Politik, ihre Organisationsmethoden, ihre Korruption und die Stalin-Bürokraten kreischen, wir seien Feinde des Kommunismus, der Sowjetmacht, des Aufbaues. Nein, nein, Ihr Herrschaften: Ihr richtet die kommunistischen Parteien, die kommunistische Internationale zugrunde, ihr schwächt die proletarische Diktatur, das Weltproletariat, die Weltrevolution und ihr sucht die Arbeiter und auch die Kommunisten darüber immer wieder zu täuschen. Wir, die Linksoption, aber sind es, die den Arbeitern die Wahrheit sagen und ihnen zugleich die richtige Linie zeigen, die alte Linie der internationalen Revolution, die uns Marx und Lenin geführt, auf der allein das Werk der Oktoberrevolution gerettet, gesichert, gefestigt aufgebaut werden kann.

Viele Arbeitskollegen, besonders solche, die auch unter dem Stalinismus in Rußland gearbeitet haben, sagen mir: «Es ist ja wahr, was du schreibst, wir haben all dies ja selbst gesehen, erlebt und manches noch mehr. Aber im Interesse der proletarischen Sache schweigen wir darüber. Was Du schreibst, ist wahr. Aber indem Du es veröffentlichst, schadest Du der Sache der Arbeiter.» Diesen grundehrlichen Genossen sage ich: Ihr irrt! Es ist gerade umgekehrt. Die Arbeiterklasse

muß die Wahrheit kennen. Nicht um der Wahrheit willen, sondern um des Kampfes willen! Wer mit Erfolg gegen die Klassengegner kämpfen will, der muß die wahre ungeschmückte Lage kennen, wie sie wirklich ist. Die schönfärbischen Berichte über die Ergebnisse der stalinstischen Politik täuschen nicht die Bourgeoisie — o, die ist sehr genau unterrichtet! — aber sie täuschen die Arbeiterklasse, sie täuschen ihr etwas vor, was nicht ist und lullen sie so ein. Niemand hat Lenin das getan, niemals hätte er das geduldet, dieses stalinstische Lügensystem.

Worin besteht das stalinstische Lügensystem? Nicht nur darin, daß er über die Lage der russischen Arbeiterklasse planmäßig lügt. Sondern vor allem darin, daß es den Arbeitern der Welt und selbst den Kommunisten nur einen Teil der Wahrheit sagt, nur den in die Augen stechenden, blendenden Teil der Wahrheit, den viel wichtigeren, den entscheidenden Teil der Wahrheit aber ihnen bewußt, planmäßig verschweigt, ja bewußt und planmäßig umlügt. Das Erstehen der riesigen Betriebe und aller derartigen Einrichtungen, die zweifellos einen gewaltigen Schritt nach vorwärts bedeuten, das führt der Stalinismus den Arbeitern immer wieder vor. Doch in welcher Richtung geht dieser gewaltige Vormarsch? In einer die Arbeiterklasse stärkenden Richtung? Oder werden nicht vielmehr durch diesen stalinstischen Vormarsch die Kräfteverhältnisse der Klassen in Rußland zum Nachteil der russischen Arbeiter verschoben und zum Vorteil der nichtproletarischen Klassen in Rußland? Planmäßig schweigt die Stalin-Presse, die Stalin-Bürokratie über die als Folge der Stalinischen Generallinie sich ergebenden Veränderungen, Verschiebungen der Klassenverhältnisse, der Kräfteverhältnisse der Klassen in Rußland, oder sie verbreitet darüber ganz bewußt Lügen. Haben wir nicht erst unlängst in der «Roten Fahne» gelesen: «In Rußland gibt es nur Proletarier? Und etwas früher, haben nicht durch lange Zeit tagtäglich in der «Roten Fahne» lesen können: «Die Kulaken in Rußland sind vernichtet» und anderes mehr? Wir, die Linksoption, sind für den Aufbau, für solchen Aufbau, der die Arbeiterklasse stärkt, eine Aufbaupolitik, die die Kräfteverhältnisse der Klassen zum Nachteil der Arbeiterklasse verschiebt, kritisieren, be-

kämpfen wir. Gegen den nationalen Aufbau — für den proletarischen Aufbau, der verwirklicht werden kann nur auf der Linie des revolutionären Internationalismus! Ohne die Erkenntnis der grundsätzlichen Linie Stalins, die nicht international ist, sondern russisch-nationalistisch, ist eine Gesundung der kommunistischen Parteien unmöglich. Denn hier, in der grundsätzlichen stalinistischen Generallinie, liegt die Grundursache des furchtbaren Niederganges der kommunistischen Parteien.

Aus dieser Ueberzeugung heraus halte ich es im Interesse der proletarischen Diktatur, im Interesse der internationalen proletarischen Revolution, im Interesse der Kommunistischen Partei für notwendig, den Arbeitern und vor allem den Kommunisten die volle, ungeschminkte Wahrheit zu sagen über das, was ich unter dem Stalinismus erlebe. Und aus demselben Grunde will ich meinen Bericht noch ergänzen.

In Zersinsk arbeiteten mit uns im Betrieb (Zavod Nr. 80) 20 russische Komsomoizen als Bauhilfsarbeiter, nämlich als Zuträger von Ziegeln. Sie hatten einen Rubel Tageslohn. Vier ausländische Arbeiter vermauerten täglich 300 bis 400 Ziegeln, sofern nämlich genügend Material vorhanden war, was nicht immer der Fall war. Die russischen Zuträger waren viel geringere Arbeitsleistung gewohnt. Unseren Einzug in den Betrieb benötigte die Betriebsleitung zur Rationalisierung und Intensivierung der Arbeit. Die Betriebsleitung trieb die russischen Zuträger zu bedeutend höherer Arbeitsleistung an, und zwar ohne deren Lohn auch nur um einen Kopeken zu erhöhen. Schließlich sind die Komsomoizen in Streik getreten und forderten auf Grund der höheren Arbeitsleistung, die sie nun erbringen mußten, eine Erhöhung des Tagelohns auf 1 Rubel 75. Sie hatten die Arbeit niedergelegt, sich in ihr Quartier zurückgezogen und hielten dort eine Versammlung ab. Von dort sind sie wie vom Erdboden verschwunden. Ich weiß nicht, was mit ihnen geschehen ist. Wir alle hatten aber den Eindruck, die sind kurzerhand verschickt worden. Sicher nicht, um ihnen die Löhne zu erhöhen.

In Zersinsk und später auch in Moskau hatte ich folgendes Erlebnis: Wir ausländischen Arbeiter bekamen bei der Monturfassung feste Schuhe und gutes Arbeitsgewand. Die russischen Arbeiter bekamen nichts dergleichen. Es wurde ihnen von der Betriebsleitung, so oft sie es verlangten, einfach gesagt, es sei nichts da, obwohl im Magazin noch eine genügende Masse von Schuhen und Arbeitsgewändern war. Man begründete dies damit, daß die russischen Arbeiter Schuhe und Arbeitsgewand für Wutka (Schnaps) verkaufen würden. Das trifft nun leider in der Tat zu, aber nur für einen kleinen Teil. Die große Mehrzahl der russischen Arbeiter denkt heute ganz anders und entsagt selbst nicht nur dem Alkohol, sondern vielfach auch dem Tabak. Viele, sehr viele der russischen Bauarbeiter sagten mir: Wenn wir solche Schuhe, solches Arbeitsgewand bekamen und solches Essen wie ihr ausländischen Arbeiter, wir würden ebensoviel leisten wie ihr.

Die Bauarbeiter in Rußland haben als Saisonarbeiter den Achtstundentag (die anderen Arbeiter den 7, 6½- oder 6-Stundentag). Auf einmal wurde auf unserem Bau, ohne die Arbeiter auch nur zu fragen, der Zehnstundentag eingeführt. Auch wir ausländischen Arbeiter wurden nicht gefragt. Das war Mitte Oktober 1930 auf der Baustelle Pastrojka, beim Bau des Dom Zik, einem großen Regierungsgebäude. Wir ausländischen Arbeiter nahmen die Verlängerung ohne Widerspruch hin. Von den russischen Arbeitern aber nahm das nur ein Teil widerspruchslos hin. Der Großteil der russischen Arbeiter remonstrierte dagegen.

Arbeiterkulturbund „Spartakus“

Sitz: XVI, Koppstraße 47, Gasthaus Fawowitz. Tel. U 30-6-58.

Jeden Freitag von ¼8 bis 10 Uhr abends.

17. Jänner: Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Sieving. Treffpunkt ¼4 Uhr Rohrerwiese.

24. Jänner: Zusammenkunft 2 Uhr Endstation Nowaldegg. Treffpunkt ¼4 Uhr Hameau.

Daraufhin ist Polizei erschienen, hat den Betrieb besetzt, die Arbeiter nicht herausgelassen und zur Arbeit zurückgezwängt. So wurden sie gezwungen, zehnstündige Arbeit zu leisten. Uns österreichischen Bauarbeitern hat man die zwei Ueberstunden schließlich bezahlt, ob sie den russischen Bauarbeitern nachbezahlt wurden, haben wir nicht in Erfahrung gebracht.

Ueberhaupt mit der Entlohnung der russischen Arbeiter steht es sehr schlecht. Oft bekamen sie ihren Lohn gar nicht, weil das Geld nicht vorhanden war. Ob ihnen der Lohn in solchen Fällen nachträglich ausbezahlt wurde, wage ich nicht mit Sicherheit zu behaupten. Ich weiß nur, daß wir ausländischen österreichischen Bauarbeiter in einem solchen Falle drei Monate lang schwer kämpfen mußten, bis uns der so vorenthalte Lohn nachgezahlt wurde. Auf verschiedenen Baustellen habe ich erlebt, daß den russischen Arbeitern nur ein Teil ihres Lohnes ausgezahlt wurde, ein Lohnvorschub statt des Lohnes. Wenn nämlich wenig Geld vorhanden war, so wurden die ausländischen Arbeiter voll ausgezahlt, die russischen Arbeiter aber bekamen nur einen Lohnvorschub. Ob ihnen dann der Rest nachträglich ausbezahlt wurde, das weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß ausnahmsweise auch uns einmal nur Lohnvorschüsse ausgezahlt wurden und daß wir erst nach langem, schweren Kampf die Nachtragszah-

lung erkämpft haben. Uebrigens hörte ich russische Arbeiter sehr oft darüber klagen, daß ihnen die Betriebsleitung einfach immer wieder einen Teil des Lohnes abstreitet und nicht bezahlt.

Die Lage der russischen Arbeiter ist also etwas anders, als die Stalinpresse sie schildert. Das geht schon lange Jahre so. Die Wechsel auf die Zukunft, mit denen der Stalinismus die Arbeiter hinhält, hintäuscht, es wird immer fraglicher, ob sie werden eingelöst werden können; denn durch seine Politik verschiebt Stalin die Kräfteverhältnisse der Klasse in Rußland je weiter desto mehr zum Nachteil der russischen Arbeiter. Wir sind für Opfer der Arbeiter zugunsten der proletarischen Sache. Das ist die große Sorge, die durch die Stalinpolitik immer größer wird: Rußland steigt aufwärts, aber der proletarische Charakter dieses Aufstieges wird je weiter, desto mehr durch den Stalinismus gefährdet. Daß diese Gefahr zur Wirklichkeit werde, muß verhindert werden. Dem gilt der Kampf der Linksoption! Die großen Opfer der russischen Arbeiter müssen der Arbeitersache dienen! Darum muß die nationalstalinistische Politik Stalins überwunden und die Politik der Sowjetmacht, der Kommunistischen Internationale, der kommunistischen Parteien wieder auf die Grundlinie gestellt werden, auf der Lenin sie geführt hat: auf die Linie des revolutionären Internationalismus!

Stalins Lohnpraxis

Die Gleichheit der Löhne, von der Stalin in seinem berühmten Dekret vom 23. Juni 1931 schwandelt, hat es in den russischen Betrieben gegeben. Die russischen Löhne waren abgestuft, aber die Abstufung bewegte sich durchaus in proletarischen Grenzen. Die niedrigst-bezahlten Arbeiter hatten mindestens ein Drittel des Höchstlohnes, die höchstbezahlten Arbeiter höchstens das Dreifache des niedrigsten Lohnes. Dieses gesunde, proletarische Verhältnis ist durch das Junidekret Stalins gründlich geändert worden:

Nimmt man die gesamt-russische Metallindustrie, so beträgt der niederste Tagelohn eines Metallarbeiters, nämlich eines Hilfsarbeiters, 1,70 Rubel und der Tagelohn des bestentlohten Metallarbeiters 13 Rubel. Das ist ein Verhältnis von 1:7,6, ein Verhältnis, wie wir es nicht einmal in den kapitalistischen Ländern finden. Durch seine Politik züchtet Stalin eine Arbeiteraristokratie, die Arbeiterklasse spaltend, schwächend.

Diese Löhne sind nicht Zeitlöhne. Diese Löhne müssen sich die Arbeiter in schwerster Akkordarbeit erscheiden. Die Zeitlöhne hat Stalin abgeschafft und durch Akkordlöhne ersetzt. Für die Arbeiter nämlich!

Für die bürgerlichen Techniker, Ingenieure usw. jedoch besteht die Zeitentlohnung weiter. Die bekommen in jedem Falle Monat für Monat einen Mindestgehalt von 650 Rubel samt freier Wohnung, freier Beheizung und Beleuchtung. Ihre Gehälter erreichen meist 1000 Rubel, vielfach bewegen sie sich so-

gar zwischen 600 und 1000 Dollar im Monat, samt freier Autobemützung und allen anderen Benefizien.

Wenn also z. B. wegen Materialmangel nicht gearbeitet werden kann, verdienen die Arbeiter weniger, da sie nur nach Akkord entlohnt werden. Die bürgerlichen Techniker, Ingenieure aber bekommen auch da vollen Lohn, weil sie nach Zeit entlohnt werden, Monatsgehalt beziehen.

Durch diese Lohnpraxis wird zwar die Produktion gesteigert, aber diese Produktionssteigerung wird erreicht durch Niederhalten der Arbeiter in ihrer Lebenshaltung und vor allem durch Schwächung ihrer Klassenkraft. Es ist eine Lohnpraxis, vollkommen nach dem Muster der ärgsten kapitalistischen Ausbeuter Amerikas à la Ford & Co. Es ist eine Lohnpraxis, die den proletarischen Interessen widerspricht, die gar nichts zu tun hat mit dem Sozialismus. Es ist eine nationalsozialistische Lohnpraxis, die auf Kosten der Arbeiter einzig und allein zugute kommt dem Proletariat feindlichen Klassen... So zeigt sich auch hier, daß der Stalin-Kurs die proletarische Macht immer mehr gefährdet. Gewiß, die gigantischen Betriebe, die so entstehen, sind große Leistungen, aber sie dürfen die Arbeiter nicht über den wahren Sachverhalt täuschen, und der wahre Sachverhalt ist dieser: Die Giganten wachsen, aber die Macht der russischen Arbeiterklasse wird durch die Stalin-Politik nicht gestärkt, sondern im Gegenteil, im Verhältnis zu den anderen russischen Klassenkräften, geschwächt.

noch schlimmeren verschleppt. Die materielle Lage der abtransportierten Genossen ist äußerst schwierig. Trotz Arbeitermangel arbeitet nur ein verschwindend kleiner Teil unserer Genossen.

... Tatsache ist: die weitere Verschärfung des Terrors gegen die Links-Oppositionellen, die neuerlichen Verhaftungen in Moskau, Leningrad und anderswo, ebenfalls der letzte Artikel Stalins sind objektive Beweise dafür, daß unsere Oppositionsbewegung — was wir selbst freilich sehr gut wissen — sich verbreitert und aktiviert.

Sozialdemokratie und Faschismus

«Die Nationalsozialisten werden aller Voraussicht nach die Regierung des Deutschen Reiches erhalten. Es ist utopisch, zu glauben, daß sie einen Rückschlag erleiden werden, ehe das deutsche Volk am eigenen Leibe die Segnungen des Nationalsozialismus verspürt haben wird», so schreibt wortwörtlich das von Julius Deutsch herausgegebene offizielle Organ des Schutzbundes «Der Schutzbund» in der Dezembernummer im Leitartikel. Die dem zugrundeliegende Einstellung ist also die: den Faschismus an die Macht gelangen und abwirtschaften lassen, was gleichbedeutend ist mit dem furchtbarsten Verrat an der Arbeiterklasse. Welche Ähnlichkeit zwischen Deutsch und — Thälmann! ...

Auf jedem Stadtbahnperon

kannst du die «Arbeiter-Stimme» kaufen. Ferner an folgenden Stellen: Auszahlungstelle Thaliastraße 42 (Haustor); Trafik: Arbeitergasse 8, Siebenbrunnengasse 41 und 62, Reumannhof.

Chronik

Der Krieg im Osten. Die japanischen Truppen haben nun schon die ganze Mandchurie besetzt. Unter dem Drucke der nationalen Gärung haben sich Nanking und Kanton zusammengeschlossen und eine gemeinsame Regierung gebildet, in der der linksbürgerliche Flügel das Übergewicht hat. Die chinesische Arbeiterbewegung wird nun beginnen, sich von den entsetzlichen Schlägen, die sie dank der stalinistischen Verrats- und Wahnsinnspolitik erlitten hat, zu erholen. Die Spannung zwischen Amerika und Japan wächst. Amerika konzentriert seine ganze Kriegsflotte im Stillen Ozean und hat starke Kräfte bereits nach Hawaii vorgeschickt.

Indien. Die Macdonald-Regierung hat über Indien den Ausnahmezustand verhängt und den indischen Nationalkongreß verboten. Die revolutionäre Gärung in Indien wächst gewaltig. Die englische Bourgeoisie spießt die Mohammedaner gegen die Hindus aus, um der revolutionären Bewegung Herr zu werden. Die stalinistische Politik in Indien versagt vollkommen.

Spanien. Die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition hat den ganzen Machtapparat so gelassen, wie ihn die Monarchie zusammengesetzt hat. Diesen Machtapparat hat sie auf die Arbeiter losgelassen, um die proletarisch-revolutionäre Bewegung niederzuhalten. Nunmehr zeigt der Apparat sein wahres Gesicht, die Aufrechterhaltung der Polizeidiktatur ankündigend, deren Ziel selbstverständlich die monarchistische Restauration ist. So entpuppt sich auch in Spanien die Sozialdemokratie als Wegbereiterin der Gegenrevolution. Doch so wie in Rußland wird diese Kornikowade auch in Spanien die Revolution erst recht in Schwung bringen!

Die Kleinbürgerpartei. Immer größere Teile des Kleinbürgertums erkennen in der Sozialdemokratie ihre Klassenpartei. Dieser Tage hat die SP einen großen Sieg in der Friseurgenossenschaft gefeiert und im ersten Ansturm die Graveurgenossenschaft erobert. Wie lange noch werden sich die Arbeiter von der Klassenpartei des Kleinbürgertums an der Nase führen lassen?!

Credit-Anstalt. Sie wird weiter saniert. Auf Kosten der Arbeiter und Angestellten, Tausende fliegen aus den Konzernbetrieben aufs Pfahler. Den anderen werden die Löhne noch tiefer gedrückt. Dies alles in Zusammenarbeit mit der SP-ater Anwendung der Robtäuschertaktik.

Linzer Winterhilfe

Im «Linzer Tagblatt» der SP stand Freitag, den 25. Dezember, ein Bericht über die Winterhilfsaktion. Es wird darin unter anderem auch berichtet, daß sich die Arbeitslosen «mit dem guten Essen wenigstens einmal im Tag sattessen» können. Wie schaut nun in Wirklichkeit die Portion aus, die der Arbeitslose im Tag einmal bekommt? Die Suppe ist kaum zum Fressen, einen halben Liter Suppe (Kartoffelsuppe oder Erbsensuppe) und ein kleines Semmel mit 6 g. Fleisch bekommt er nur zweimal in der Woche 8 Deka. Damit soll sich der Arbeitslose einmal im Tag sattessen. Welche Heuchelei! Der Bürgermeister Gruber hat sich vor einem Jahr seinen Gehalt von 1500 S auf 1800 S, also um 300 S, erhöhen lassen. Der Bürgermeisterstellvertreter Mehr und die beiden Stadträte Scherbandin und Groißher sitzen im Winterhilfskomitee und beziehen als Stadträte 800 S. Ein Arbeiter.

Aus der Opposition

Zentraler Diskussionsabend: Montag, 23. Jänner, im Aumanns Gasthaus, XVI, Haanerstraße Nr. 46, abends ¼8 Uhr.
Bezirksorganisation Ottakring. Jeden Freitag im Gasthaus Fawowitz, XVI, Koppstraße 47, abends ¼8 Uhr.

Feststellung. Der stalinistische Genosse Griesel, den wir in der Nr. 87 aufgefordert haben, Verleumdungen gegen unsere Funktionäre, die er ausgesprengt haben sollte, zu beweisen, ist nach einigen Wochen in unserem Grazer Lokal erschienen und hat in Gegenwart dreier Genossen erklärt: Er habe nie gesagt, daß Gen. Kernmayr Waffen beschlagnahmt und der K. P. vorenthalten habe. Er hätte auch keinerlei Beweise dafür. Den, der das gesagt habe, könne er nicht verraten, da es einer seiner Parteigenossen sei. (Feine Beweise haben die Stalinisten, die sich nicht einmal getrauen, ihre Beschuldigungen von Mann zu Mann zu erheben. Der Mann, den Griesel nicht verrät, ist ein Lump p!) Mit Griesel selbst ist damit die Sache geklärt!

KP (Opposition), Zelle Eggenberg.

Eigentümer: Kommunistische P. O. Österreichs (Opposition). — Herausgeber und Verleger: Josef Frey, XII, Schönbrunnerstraße Nr. 236. — Verantwortlicher Redakteur: Max Stötschitsch, Wien, XVI., Sautergasse 27. — Druck: elvas, Wien, VII.